

Kernpunkte der neuen Allianz für Aus- und Weiterbildung

I. Ziele

- die **Bedeutung und Attraktivität der beruflichen Bildung deutlich aufwerten**,
- die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss weiter reduzieren,
- **jedem ausbildungsinteressierten Menschen** im Rahmen der im Koalitionsvertrag angesprochenen Ausbildungsgarantie **einen „Pfad“ aufzeigen, der ihn frühestmöglich zu einem Berufsabschluss führen kann** (betriebliche Ausbildung hat dabei Vorrang),
- die **Passungsprobleme** zwischen **Bewerberinnen und Bewerbern und Unternehmen** regional und berufsfachlich **verringern**,
- auf der Grundlage einer weiter entwickelten Datengrundlage die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze und die Zahl der ausbildungsbereiten Betriebe erhöhen,
- die **Zahl der jungen Menschen im Übergangsbereich weiter reduzieren**, und den Übergangsbereich möglichst an staatlich anerkannten betrieblichen Ausbildungsberufen orientieren,
- die **Qualität der Ausbildung** weiterentwickeln,
- die Weiterbildung und insbesondere die Aufstiegsfortbildung stärken.

II. Beiträge der Partner

- Wirtschaft
 - will **20.000 zusätzliche Ausbildungsplätze** in 2015 gegenüber den 2014 bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Stellen zur Verfügung stellen; Ziel: Niveau auch in Folgejahren sichern;
 - macht jedem vermittlungsbereiten Jugendlichen, der zum 30.9. noch keinen Ausbildungsplatz hat, **drei Angebote für betriebliche Ausbildung**;
 - bietet jährlich **500.000 Praktikumsplätze** für Schüler/innen im Rahmen der Berufsorientierung an; Wirtschaft ermöglicht jeder interessierten Schule Kooperation mit Unternehmen;
- stellt jährlich **20.000 Plätze** für Einstiegsqualifizierung bereit;
- erklärt sich bereit, die Übernahme von Jugendlichen aus der kooperativen außerbetrieblichen Ausbildung nach dem ersten Ausbildungsjahr in die betriebliche Ausbildung zu erhöhen.
- Bund
 - Die Partner der Allianz wollen jetzt den Einstieg in die assistierte Ausbildung auf den Weg bringen; als ersten Schritt streben sie für das Ausbildungsjahr 2015/2016 bis zu **10.000 Plätze für die assistierte Ausbildung** an. Die Finanzierung für die assistierte Ausbildung erfolgt aus dem Haushalt der Bundesagentur für Arbeit und für junge Menschen aus dem Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende aus dem Eingliederungstitel der Jobcenter. Die Allianz-Partner wollen darüber das Instrument der assistierten Ausbildung verstetigen. Sie werden 2015 gemeinsam über die Ausweitung und die Finanzierung ab dem Ausbildungsjahr 2016/2017 entscheiden. Der Bund wird für das Instrument der assistierten Ausbildung eine entsprechende gesetzliche Initiative auf den Weg bringen.
 - sichert Finanzierung der **Berufseinstiegsbegleitung** (im Rahmen der Initiative Bildungsketten) bis zum Jahrgang 2018/2019;
 - baut Instrument der **ausbildungsbegleitenden Hilfen** aus;
 - passt **Meister-BAföG** an.
- Länder
 - entwickeln aufbauend auf ihren jeweiligen Programmen und Strukturen in Zusammenarbeit mit dem Bund ein kohärentes **Konzept für die Berufsorientierung** und den **Übergang von der Schule in den Beruf**;
 - sorgen zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit dafür, dass künftig die duale Ausbildung **stärker als Perspektive auch an Gymnasien** im Rahmen der Berufsorientierung vermittelt wird;
 - wirken darauf hin, dass **Berufsorientierung als fester Bestandteil in der Lehramtsausbildung oder Fort- und Weiterbildung** der Lehrer/innen sowie als Aufgabe der Schulen unter Einbindung der Bundesagentur für Arbeit verankert wird;
 - sichern **Qualität der Berufsschulen** durch **regelmäßige Evaluationen**;

- setzen sich für eine stärkere **Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte** ein; die Länder werben für **Transfer von Anrechnungsverfahren** zwischen Hochschulen für ausgewählte Berufe und fachlich ähnlichen Studiengängen;
- setzen sich dafür ein, berufsschulische Angebote in zumutbarer Entfernung aufrecht zu erhalten (**Beibehaltung Fachklassen-Prinzip**, Gewinnung von **qualifiziertem Lehrpersonal** und Sicherstellung der **technologischen Anschlussfähigkeit** der Berufsschulen).
- Gewerkschaften
 - entwickeln zusammen mit der Wirtschaft **Beschwerdemanagement für Auszubildende** und erproben es pilothaft in ausgewählten Regionen;
 - entwickeln zusammen mit der Wirtschaft und den Ländern **Qualitätsstandards für Betriebspraktika** von Schüler/innen in der Berufsorientierung;
 - fördern gemeinsam mit der Wirtschaft und mit Unterstützung des Bundes die Umsetzung von **Maßnahmen zur Weiterbildung in der Praxis** im Rahmen der ESF-Sozialpartnerrichtlinie „Fachkräfte sichern: weiterbilden und Gleichstellung fördern“;
 - verbreiten mit der Wirtschaft gemeinsam **Beispiele für gute Ausbildung**.
- alle Partner
 - führen **gemeinsame Maßnahmen** durch, um die **Ausbildungsbeteiligung junger Migrantinnen und Migranten deutlich zu steigern** (insb. stärkerer Ausbau der lokalen Netzwerke von Kammern, Gewerkschaften und Migrantenverbänden, Ansprache der Elternhäuser);
 - beraten bzw. entwickeln gemeinsam **Erfolgskriterien** für die diversen **Arbeitsbündnisse „Jugend und Beruf“** (wie z.B. Jugendberufsagenturen);
 - werben in einer **gemeinsamen Kampagne** und einer **„Woche der Ausbildung“** insb. für die Stärkung der beruflichen Bildung;
 - bilanzieren regelmäßig die vereinbarten Ziele und Beiträge und passen sie ggf. an.

III. Sonstiges

- Partner: Bund (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Bundesagentur für Arbeit), Wirtschaft (Deutscher Industrie und Handelskammertag, Bundesverband der Freien Berufe, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Zentralverband des Deutschen Handwerks), Gewerkschaften (Deutscher Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften) und Länder (Kultusministerkonferenz, Wirtschaftsministerkonferenz, Arbeits- und Sozialministerkonferenz der Länder); eingebunden sind zudem Bundeskanzleramt sowie die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung.
- Zielgruppen: Leistungsstarke Jugendliche (insb. auch Studiaaussteiger), Jugendliche mit schlechteren Startchancen, junge Menschen mit migrationsbedingten Problemlagen, Menschen mit Behinderung, Personen ohne Berufsabschluss, junge Menschen mit familiären Verpflichtungen.
- Laufzeit der „Allianz“ bis Ende 2018.